

# aaa-uftakt

Energie ist teuer und wird immer teurer? Stimmt. Für ärmere Leute ist es ein immer größeres Problem, die Energiekosten zu bestreiten? Stimmt auch.

Also: die Energiewende ist unsozial? Nein, das stimmt nicht - jedenfalls nicht so.


Es gibt Leute, in deren Interesse liegt es, die Regelungen der Einspeisevergütung für Erneuerbare Energie außer Kraft zu setzen. Denn die schmälern ihre Marktposition und ihren Gewinn. Es ist zu vermuten, dass denen die Situation ärmerer Leute eher nicht so wichtig ist, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Wenn die in solcher Weise polemisieren, dann muss gegen gehalten werden: es liegt nicht an Windrädern und Solardächern, dass bei niedrigem Einkommen immer weniger im Geldbeutel bleibt.

Unsozial ist in der Tat, wie die Teuerung verteilt wird. Die Last bekommt aufgebürdet, wer es sich eigentlich nicht leisten kann. Und die, die mit hohem Stromaufwand Geld verdienen, sind davon befreit. Die Artikel im Heft erläutern das im Einzelnen. Mit Energiewende hat das aber nichts zu tun. Sondern mit Neoliberalismus. Und deshalb ist es richtig, sich gegen Attacken wie die der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ zur Wehr zu setzen, und die Energiewende zu verteidigen.

Aber mal unter uns gefragt: wie viel ist eigentlich noch zu erkennen von den Ideen, die mit dem Begriff der „Energiewende“ verbunden waren, als in den Jahren nach Tschernobyl überall im Land entsprechende Komitees entstanden? Was wird aus der solaren Revolution, in der sich die Versorgung mit Energie dezentral, selbst bestimmt und sozial gerecht organisiert?

„Wir sind auf dem Weg.“ werden jetzt manche sagen. Im Heft haben wir Beispiele zusammengetragen, wie Leute sich den Mut nicht nehmen lassen, und auch gegen widrige Umstände Großes bewegen in Richtung Energie-Autonomie. Die Beispiele zeigen aber auch: über die Details gibt es noch reichlich zu streiten.





## Die Kosten der Energiewende gerecht verteilen

von Thorben Becker  
BUND

Nicht die Energiewende,  
sondern die vielen Aus-  
nahmen zugunsten der In-  
dustrie und zu Lasten der  
Verbraucher sind größter  
Strompreistreiber

Der Strompreis für die  
Haushalte steigt. Daran  
sollen die Energiewen-  
de und insbesondere der  
Ausbau der Photovoltaik  
Schuld sein. Angeblich  
sollen durch die Energie-  
wende die Preise weiter  
steigen. Dabei war das  
ErneuerbareEnergien-  
Gesetz (EEG) auch bisher  
nicht der Kostentreiber.

Ein Blick auf die Preis-  
entwicklung der letzten  
Jahre zeigt,  
dass dem so ist. ... ➔



... → Seit 2002 sind die Strompreise um 10 Cent/kWh angestiegen. Aber die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben sich nur um 3 Cent/kWh erhöht. Mehr als zwei Drittel der Preiserhöhungen hatten also nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun. Das wäre auch in Zukunft so, wenn die Bundesregierung nicht weite Teile der Industrie von der EEG-Umlage ausgenommen hätte.

Einige wenige Hundert Firmen verbrauchen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, sie zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für erneuerbare Energien. Das geht aus einem Bericht der Bundesnetzagentur hervor, der vor kurzem veröffentlicht wurde. Die Bundesregierung lässt es zu, dass immer mehr industrielle Stromverbraucher über die so genannte „Besondere Ausgleichsregelung“ von der EEG-Umlage ausgenommen sind. Dadurch steigt die EEG-Umlage für die Endverbraucher, für die nicht privilegierte Industrie, für Handel und Gewerbe. Neben den Schlupflöchern im EEG gibt es entsprechende Ausnahmeregelungen für die Industrie auch bei der Förderung der KraftWärmeKopplung, bei den Netzentgelten und bei der Strom- und Energiesteuer („Ökosteuern“). Viele dieser Ausnahmen haben höhere Strompreise für nichtprivilegierte Stromkunden zur Folge.

Gleichzeitig senken die erneuerbaren Energien den Börsenstrompreis. Dieser positive Effekt wird aber nicht an die Verbraucher weitergegeben, es profitieren Stromanbieter und Industriebetriebe, die teilweise ihren Strom direkt an der Börse einkaufen.

Wer die Energiewende will, der darf nicht einseitig die erneuerbaren Energien für Preissteigerungen verantwortlich machen, sondern muss klar sagen, wie Strompreissteigerungen zustande kommen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich alle beteiligen und nicht die einen für die anderen mitzahlen.

Deshalb fordert der BUND, dass alle Befreiungen und Sonderregelungen für die Industrie bei der Zahlung der EEG-Umlage überprüft und auf wenige Sonderfälle beschränkt beziehungsweise ganz gestrichen werden.

### 1. Entwicklung des Haushalts-Strompreises

Die Übersicht zeigt, dass die Strompreise in den letzten 10 Jahren um 10 Cent/kWh angestiegen sind, die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien sich jedoch lediglich um 3 Cent/kWh erhöht haben. Mehr als zwei Drittel der Preiserhöhungen hatten also nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun. Die Kosten für „Erzeugung, Transport und Vertrieb“ sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, obwohl

- o sich die Netzentgelte seit 2006 für Haushaltskunden deutlich reduziert haben (2006: 7,3 Cent – 2011: 5,75 Cent)
- o sich die Kosten für CO<sub>2</sub>Zertifikate sich in den letzten Jahren deutlich verringerten. Die Stromkonzerne müssen erst ab 2013 für die Zertifikate zahlen, haben sie jedoch in den letzten Jahren bereits eingepreist, geben sinkende Preise hingegen nicht an die Stromkunden weiter.
- o sich der Börsenstrompreis in den letzten Jahren deutlich reduziert hat.

### Erneuerbare Energien senken Börsenstrompreise

Die Börsenstrompreise liegen heute 1020 % niedriger als vor 34 Jahren. Einer der Gründe ist der gestiegene Anteil erneuerbarer Energien. An der Börse wird die Stromnachfrage immer vom günstigsten Kraftwerk bedient. Bei steigender Nachfrage kommen teurere Erzeuger zum Zuge. Der teuerste Anbieter bestimmt den Marktpreis. Erzeuger, die Strom kostengünstiger produzieren können, profitieren von der Differenz zwischen Börsenstrompreis und ihren Erzeugungskosten. Da das EEG für regenerativ erzeugten Strom einen Einspeisevorrang definiert, verschiebt sich mit jeder Kilowattstunde Wind oder Sonnenstrom die „Merit Order“: Je mehr aus erneuerbaren Energien gewonnener Strom im Netz ist, desto weniger konventionell erzeugter Strom wird abgenommen, so dass teure fossile Kraftwerke nicht mehr eingesetzt werden müssen.

Damit sinkt der Börsenpreis. Dieser strompreisdämpfende Effekt hatte nach wissenschaftlichen Studien für das BMU in den letzten Jahren jeweils eine Höhe von mindestens 0,5 ct/kWh. Hieraus resultieren geringere Beschaffungskosten für konventionell erzeugten Strom, wodurch die höheren EEG-Kosten zumindest zum Teil kompensiert werden. Dieser positive Effekt wird nicht an die Verbraucher weitergegeben.

### 2. Ausnahmen für die Industrie – Belastungen für die Verbraucher: Nicht nur beim EEG

#### Strom- und Energiesteuer („Ökosteuern“)

Die „Ökosteuern“ wurde im Jahr 1999 eingeführt und seitdem in mehreren Schritten erhöht. Sie besteht aus einer Energiesteuer auf Benzin, Diesel, Erdgas, Heizöl und Kohle sowie einer Stromsteuer. Bereits bei der Einführung wurden eine Reihe von Ausnahmetatbeständen in Form von Steuerentlastungen für die energieintensive Industrie geschaffen. Im Jahr 2012 werden dem Bundeshaushalt dadurch Einnahmen in Höhe von 5,1 Milliarden Euro entgehen. 2010 waren es 5,7 Milliarden Euro und im Jahr 2011 etwa 4,7 Milliarden Euro Min-

dereinnahmen für die Staatskasse. Insgesamt gehören diese Entlastungen zu den größten im Subventionsbericht der Bundesregierung erfassten Subventionen. Diese Ausnahmen führen nicht automatisch zu einer höheren Belastung der übrigen Verbraucher. Aber auch diese Befreiung führt dazu, dass die Industrie in Deutschland niedrige Strompreise zahlt.

#### Netzentgeltbefreiung

Durch die Stromnetzentgeltverordnung (StromNeV) ist prinzipiell jeder Nutzer dazu verpflichtet, pro Kilowattstunde Strom Entgelte für die Nutzung der Netze zu entrichten. Die Netzentgelte sind je nach Region, Spannungsebene und Netzbetreiber unterschiedlich hoch. Endverbraucher mit einer Abnahme von 10 GWh und mindestens 7000 Jahresbenutzungsstunden sind seit dem Jahr 2011 von den Netzentgelten grundsätzlich befreit – das ist ein Einnahmeausfall bei den Netzbetreibern in Höhe von 300 Millionen Euro. Zusammen mit einem weiteren Ausnahmetatbestand werden in einem 2012 neu geschaffenen Umlageverfahren die nichtprivilegierten Stromverbraucher mit knapp 320 Millionen Euro mehr belastet. Für den einzelnen Stromkunden bedeutet diese Ausnahme eine zusätzliche Umlage in Höhe von 0,19 Cent.

#### Umlage für Kraft-Wärme-Kopplung (KW-KUmlage)

Auch für Strom aus Anlagen mit KraftWärmeKopplung gilt – ähnlich dem EEG – eine Abnahme- und Vergütungspflicht. Im Gegenzug wird ein KWKAufschlag auf die Endverbraucher umgelegt. Dessen Höhe ist nach drei Gruppen gestaffelt, wobei energieintensive Unternehmen den geringsten KWKAufschlag zahlen müssen. Für das Jahr 2010 ergibt sich aus der Staffelung nach Stromverbrauch eine Mehrbelastung nichtprivilegierter Stromverbraucher von 69 Millionen Euro.

### 3. Ausnahmen und Befreiungen für die Industrie im EEG

Die ursprüngliche Idee des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) war so einfach wie überzeugend: Die Gesamtheit der Stromverbraucher sollte die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien und damit für einen wesentlichen Baustein der Energiewende tragen. Private Haushalte, öffentliche Einrichtungen, mittelständische Unternehmen und Industrie sollten gemeinsam durch die so genannte EEG-Umlage über den Strompreis an den Kosten der Energiewende beteiligt werden.

Die solidarische Kostenteilung ist im Laufe der Zeit immer weiter aufgekündigt worden. Die „Besondere Ausgleichsregelung“ (BesAR) oder „Härtefallregelung“ (§§ 40 ff. EEG) so-





Netz geleitet wurde. Die Übergangsvorschrift des § 66 Abs. 15 EEG 2012 hat in der Praxis unter anderem dazu geführt, dass alte und „schmutzige“ Kohlekraftwerke mit schlechtem Wirkungsgrad wieder in Betrieb genommen wurden.

Die Übergangsvorschrift des § 66 Abs. 15 EEG 2012 ist zu streichen.

#### Überprüfung der Marktpremie – Kürzung der Managementprämie

Die Bundesregierung hat mit dem EEG 2012 die Direktvermarktung von EESTrom anreizen wollen und hierfür eine so genannte „Marktpremie“ eingeführt. Diese soll Anlagenbetreiber beziehungsweise spezialisierte Händler motivieren, den EESTrom über die Strombörse oder bilaterale Verträge direkt zu vermarkten und dies nicht wie bisher den Übertragungsnetzbetreibern zu überlassen. Im Vergleich zur zentralen Vermarktung über die Übertragungsnetzbetreiber bedeutet diese Form der Direktvermarktung aus strukturellen Gründen deutliche Mehrkosten (Aufwand für Börsenregistrierung, Aufbau einer Handelsplattform, eigene Erstellung von Prognosen etc.). Zusätzlich hat der Gesetzgeber durch eine großzügige Ausgestaltung der hierfür notwendigen „Managementprämie“ für Mitnahmeeffekte gesorgt, die durch die Verbraucher zu tragen sind. Diese sorgt für eine breite Inanspruchnahme der Marktpremie. Aber anders als von der Bundesregierung postuliert, setzt die Marktpremie so gut wie keine Anreize für die notwendige Systemtransformation und die bedarfsgerechte Einspeisung von EESTrom (gerade bei Wind und Photovoltaikstrom).

Die Bundesregierung schätzte die Kosten der Marktpremie (basierend auf Annahmen des Fraunhoferinstituts für System und Innovationsforschung ISI) auf 200 Mio. Euro für 2012. Mittlerweile sind diese Kostenschätzungen weit überholt und die Bundesregierung geht allein auf Basis der bereits bis März 2012 angemeldeten Anlagen von Kosten von 1 Mio. Euro am Tag aus, bei weiter steigender Tendenz. Das Fraunhofer ISI schätzt die Kosten mittlerweile auf bis zu 600 Mio. Euro und kommt auch unter Einberechnung sehr optimistischer Einspareffekte auf über 500 Mio. Euro an Zusatzkosten.

Deshalb muss die Marktpremie auf den Prüfstand. Kurzfristig sollte die Managementprämie für Wind und Solarstrom deutlich, etwa auf 0,1 Cent, abgesenkt werden.

Kontakt und weitere Informationen: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) Bundesgeschäftsstelle Thorben Becker Leiter Energiepolitik Am Köllnischen Park 1 10179 Berlin Tel. (0 30) 2 75 86421

thorben.becker@bund.net  
www.bund.net

wie die Ausgestaltung des so genannten Eigenstromprivilegs (§ 66 Abs. 15 EEG) im EEG 2012 führen dazu, dass die nichtprivilegierten Stromverbraucher einen immer größeren Anteil der Kosten, auch für die Energiewende, zu schultern haben.

Die Zunahme der Vergütungskosten für die EEG-Anlagen steigt wesentlich langsamer als die meisten übrigen Kostenkomponenten der EEG-Umlage. Zwischen 2011 und 2012 betrug die Kostensteigerung der Vergütungskosten etwa 0,02 ct/kWh. Alle übrigen Faktoren führen zu einer kumulierten zusätzlichen Umlagesteigerung um etwa 0,05 ct/kWh. Deshalb muss nach Ansicht des BUND insbesondere in folgenden Punkten nachgesteuert werden:

#### Drastische Begrenzung der „Härtefallklausel“

Mit dem EEG 2012 ist eine (weitere) erhebliche Ausweitung des Anwendungsbereichs der „Besonderen Ausgleichsregelung“ zulasten der privaten Verbraucher und kleinen Gewerbebetriebe erfolgt. Deren Auswirkungen werden ab 2013 voll zum Tragen kommen.

Die Gesamtzahl der von der „Besonderen Ausgleichsregelung“ begünstigten Unternehmen stieg 2011 (erneut) um 23 Prozent auf 730. Die durch die Ausgleichsregelung bedingte Begünstigung und Umverteilungswirkung ergab für 2011 bereits rund 2,2 Milliarden Euro, für 2012 schätzt das BMU die Begünstigungs- und Umverteilungswirkung auf 2,5 bis 2,6 Milliarden. Für alle nichtprivilegierten Stromverbraucher erhöhte sich die EEG-Umlage infolge der Ausgleichsregelung 2011 rechnerisch um

etwa 21 Prozent. 2012 dürfte sich aus der Ausgleichsregelung für jeden der drei Sektoren „nichtprivilegierte Industrieunternehmen“, „Gewerbe, Handel, Dienstleistung“ und „private Haushalte“ jeweils eine Zusatzbelastung von etwa 800 Millionen Euro ergeben.

Ohne die „Besondere Ausgleichsregelung“ würde die von den Übertragungsnetzbetreibern an die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Kraftwerken zu zahlende EEG-Vergütung auf alle in Deutschland an Endabnehmer verkaufte Kilowattstunden umgelegt. Die EEG-Umlage für 2011 hätte dann bei 2,46 Ct/kWh gelegen, für 2012 läge der Wert nach Berechnungen bei 2,39 Ct/kWh. Weil sich immer mehr Betriebe über die „Besondere Ausgleichsregelung“ (fast) nicht mehr an der Solidargemeinschaft beteiligen, liegt die reale Umlage für 2012 bei 3,592 Ct/kWh.

Deshalb sollte diese Härtefallklausel wieder zu einer absoluten Ausnahme gemacht werden.

#### Endgültige Abschaffung des Eigenstromprivilegs

Die Umverteilungswirkung im Jahr 2011 infolge der Befreiung von der EEG-Umlage bei Eigenstromerzeugung wird mit 1,8 Milliarden Euro beziffert. Mit dem EEG 2012 sollte die Befreiung von der EEG-Umlage für so genannte Eigenstromerzeuger ab 2012 eigentlich gestrichen werden. Gemäß § 66 Abs. 15 EEG 2012 in Verbindung mit § 37 Abs. 6 EEG 2009 sind Unternehmen jedoch auch weiterhin von der EEG-Umlage befreit, wenn sie Eigenstromerzeuger sind und der Eigenstrom bereits vor dem 1. September 2011 durch das öffentliche



Nach Fukushima –

## Energiekämpfe um Märkte und Macht

von Dirk Seifert

Die vier Atomkonzerne haben sich von ihrem schweren Schlag im letzten Jahr erholt.

Acht der 17 Atomkraftwerke mussten nach Fukushima abgeschaltet werden. Jahrelang hatten die Konzerne RWE, E.on, Vattenfall und EnBW auf die Laufzeitverlängerung hingearbeitet, die die CDU/CSU und FDP-Regierung

im Spätherbst 2010 endlich beschloss: Kapital im Überfluss für die Konzerne, ein schwerer Schlag für die zaghafte Energiewende. Fukushima traf die Konzerne hart: Angesichts der Katastrophe und Bilder aus Japan hielten sie sich öffentlich weitgehend zurück, als Angela Merkel ein Moratorium verhängte, acht Meiler vom Netz nahm und schließlich per Stresstest und Ethikkommissionen für deren dauerhafte

Stilllegung sorgte. Alle schienen sich einig: Nun kommt die Wende; der Siegeszug der meist dezentralen und bürgergestützten Energiewende würde kommen, Solaranlagen, Windparks und mehr BHKWs würden – massiv unterstützt von der Politik – in einer gemeinsamen gesellschaftlichen Anstrengung auf den Weg gebracht. Europa und die Welt sollten erleben: Deutschland schafft das.

Energiewende wurde zu einem weiteren deutschen Wort in der Welt, dass nicht mehr übersetzt zu werden braucht. Die Atomkonzerne waren orientierungslos: Schon in der Finanzkrise hatten sie viel Geld verloren, ihre Expansionspläne in Europa brachten zahlreiche Fehlinvestitionen und nun musste auch noch ein relevanter Teil der Gelddruckmaschinen abgeschrieben werden. Lediglich der Ausbau von Kohlekraftwerken war auf dem Plan, mit Erneuerbaren Energien hatten sie im ernsthaften Geschäftssinn nichts am Hut. E.on und RWE torkelten, ein

Die Kampagne gegen Ökostrom geht demagogisch mit Armut um

### Geheuchelte Sorge um die Armen

Kommentar von Malte Kreutzfeldt

Auch Arme brauchen Ökostrom. Es ist eine abstrakte Zahl, die dennoch große Emotionen auslöst: Auf genau 5,27 Cent pro Kilowattstunde steigt die Umlage für Ökostrom im nächsten Jahr. Die Details sind kompliziert und die Auswirkungen im Verhältnis zu manch anderen Kostensteigerungen gering. Dennoch hat sich nach wochenlangem medialem und politischem Dauerfeuer die Sichtweise durchgesetzt, dass diese Erhöhung unbezahlbar sei.

Zumindest für Geringverdiener, die mit jedem Euro rechnen müssen, stellt der Anstieg der Strompreise wirklich ein Problem da. Doch die Lösungen, die die Bundesregierung bisher präsentiert, gehen völlig am Problem vorbei. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) setzt allein auf bessere Beratung der Verbraucher – was sicher nicht schadet, aber allein nicht viel hilft. Denn um die Einsparvorschläge auch umsetzen zu können, etwa durch Anschaffung sparsamerer Geräte, fehlt es gerade den ärmsten Haushalten an finanziellen Mitteln. Ansonsten setzt die

Regierung vor allem darauf, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bremsen – wobei Altmaier nur ein wenig nachjustieren, die FDP aber am liebsten gleich das ganze bewährte Fördersystem abschaffen will.

Alle Maßnahmen, die einkommensschwache Verbraucher tatsächlich effektiv entlasten würden, lehnt die Bundesregierung hingegen ab. Zuschüsse für energiesparende Geräte sind ebenso tabu wie die Aufstockung von Sozialleistungen oder Sozialtarifen im Strompreis. Und die für die Industrie geltenden Ausnahmen, die die Verbraucher zusätzlich belasten, sind nicht etwa beschränkt worden sondern wurden von Schwarz-Gelb massiv ausgeweitet.

Auch wenn man über manche Details der einzelnen Vorschläge sicher streiten kann: Dass Union und FDP sich damit bisher nicht einmal ernsthaft auseinandersetzen, macht ihre Heuchelei klar. Die Sorge um die Strompreisprobleme der Armen ist vorgeschoben, um die Energiewende zu bremsen. Denn das schnelle Wachstum der Erneuerbaren bedroht das Geschäft der klassischen Energieversorger immer stärker.

Es wird Zeit, der verlogenen Kampagne von der Energiearmut offensiv entgegenzutreten. Nicht das erfreuliche Wachstum der Ökoenergie ist eine Bedrohung für die Armen – sondern die Weigerung der Regierung, dieses Wachstum sozial verträglich zu gestalten. @

aus: taz vom 11.10.2012





wenig. Als Ausweg, um Kosten zu senken, beschlossen beide Unternehmen massive Personaleinsparungen.

E.on ist dabei, über 6.000 Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen, RWE mindestens 5.000. Während sich der Anteil von Atomstrom reduzierte, stieg der Anteil der Erneuerbaren Energie auf über 20 Prozent an. Im Herbst 2012 liegen sie mit der Braunkohle bei einem Anteil von 27 Prozent gleichauf, noch vor der Steinkohle und weit vor dem Atomstrom! Die Erwartungen an die Bundesregierung, dass es nun zu einer koordinierten und intensivierten Ausbauplanung für die Erneuerbaren kommen würde, wurden allesamt enttäuscht. Sie zögerte, wartete ab. Lediglich bei der gegenüber dem Landwind deutlich teureren Offshore-Windtechnik zeigte sie Flagge, drückte die erhöhte Förderung im EEG durch.

erster Hinweis, in welche Richtung die Regierung schaute: Die vier großen Konzerne, die sich vor allem in diesem äußerst kapital-

intensiven Bereich engagieren, in dem es immer auch um große Anlagen beziehungsweise Strommengen geht, hatten hier ihr neues Geschäftsfeld definiert. Im Stillen hatte die Bundesregierung bei den Kosten der Energiewende für eine massive Umverteilung gesorgt. Große Unternehmen wurden in immer größerer Zahl von den Zahlungen zur Umlage am Erneuerbaren Energien Gesetz befreit. Ein wachsender Anteil der Kosten wurde auf einen immer kleiner werdenden Personenkreis von Privathaushalten und Gewerbetreibenden umgelegt. Auch beim Ausbau der Stromnetze sind die großen Betriebe von den Kosten ausgenommen. Und um die Offshore-Anlagen angesichts der Kosten für den Netzausbau stemmen zu können, wurde den Netzbetreibern erst vor wenigen Monaten erlaubt, auch diese Kosten auf die Netzgebühren anzurechnen. Auch das führt zu Mehrkosten für die kleinen Haushalte und Betriebe.

Es ist mehr als nur zynisch, wenn sich ausgerechnet FDP-Wirtschaftsminister Rösler mit

Krokodilstränen in den Augen zum Beschützer der Schwachen angesichts immer stärker steigender Strompreise für die Privathaushalte aufspielt und Hartz IV-Empfänger immer häufiger die Stromrechnung nicht bezahlen können. Natürlich sekundieren die Atomkonzerne diese Politik, warnen vor um 30 Prozent erhöhte Strompreise bis 2020. Unglaublich, wie unverfroren sie das tun: In ihren Geschäftsberichten feiern diese Konzerne einerseits, dass die Folgen von Fukushima für ihre Aktionäre überwunden sind und wieder gute Gewinne gemacht werden. Andererseits beklagen sie aber intern lautstark, dass die sinkenden Strompreise an der Börse ihre ansonsten wachsenden Gewinne belasten!

Tatsächlich sind die Strompreise an der Börse nämlich gesunken und liegen teilweise sogar unter dem Niveau von vor Fukushima. Der Grund: Vor allem der billiger werdende Solarstrom ersetzt den bislang konventionellen und teuren Spitzenlaststrom! Die Industrie freut sich – die BürgerInnen werden ausgenommen! Dieser Tage macht die Bundesregierung klar, wie es weiter gehen soll: Nach der Solarenergie soll nun der Ausbau der Windenergie an Land geregelt, sprich begrenzt, werden. Dafür müsse das sozialistische Plangesetz EEG komplett geändert werden. Die alten Mächte, die alten Energiebarone und ihre Steigbügelhalter sind wieder da!

Mit aller Kraft sind sie dabei, der Energiewende die Luft abzdrehen, der dezentralen Energieerzeugung auf Basis von Bürgerparks und kommunalen Anlagen den Garaus zu machen. Diese Bremse verschafft den großen Vier nicht nur die Zeit, die sie brauchen, um im Offshore-Bereich und vielen anderen Geschäftsfeldern ins Trockene zu kommen. Sie sorgt auch dafür, dass deren Marktanteile und damit Gewinne nicht noch weiter einbrechen. Mit Klimaschutz hat das alles nichts zu tun!

Doch es gibt Widerstand: All überall, beim Ausbau von Wind- und Solaranlagen, gegen Plutoniumtransporte und immer noch unsichere AKWs, gegen vom Atomgesetz „vergessene“ Uranfabriken in Gronau und Lingen, gegen Grohnde und Brokdorf, gegen Kraftwerke von Vattenfall in Wedel, für die Rekommunalisierung der Energie in Berlin und Hamburg und vielen anderen Orten. Gegen die Klimakatastrophe und neue Kohlekraftwerke, von denen zahlreiche Projekte seit Fukushima storniert wurden oder vor Gericht scheiterten!

Alle diese und noch mehr Energiekämpfe werden zunehmen, weil Bundestagswahlen anstehen und weil sich immer mehr BürgerInnen gegen diese Konzerne engagieren! Energiepolitik von oben und mit der Arroganz der großen Konzerne kommt aus der Mode!@

Paritätischer Wohlfahrtsverband und Deutscher Mieterbund legen gemeinsames Konzept zur Reform von Wohngeld und Grundsicherung vor

## Energie für alle

Paritätischer Wohlfahrtsverband  
am 11.10.2012

Berlin (ots) - Eine Reform des Wohngeldgesetzes sowie die Übernahme der Stromkosten in Hartz IV fordern der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Deutsche Mieterbund angesichts der dramatischen Energiepreisentwicklung in einem gemeinsamen Konzept, das sie heute in Berlin vorlegten. Durch den angekündigten Anstieg der so genannten Ökostrom-Umlage sei sofortiger Handlungsbedarf gegeben, um einkommensschwache Haushalte nicht „im Dunkeln sitzen“ zu lassen.

Die Verbände machen darauf aufmerksam, dass insbesondere die Strompreise seit 2005 um 44 Prozent gestiegen und damit geradezu „explodiert“ seien. Nicht nur Hartz IV-Bezieher, sondern auch Haushalte knapp über der Hartz IV-Schwelle sehen sich nach Ansicht der Verbände kaum noch in der Lage, ihre Energiekosten zu zahlen.

„Die Preisexplosion auf dem Energiemarkt wurde bei der Berechnung der Leistungen für Familien in Hartz IV bisher in keiner Weise angemessen

berücksichtigt“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Nach Berechnungen des Verbandes liegt die im Hartz IV-Regelsatz pauschal berücksichtigte Summe für Haushaltsstrom aktuell je nach Haushaltsgröße um 60 bis 160 Euro im Jahr zu niedrig. Allein im letzten Jahr seien daher allein rund 100.000 Hartz IV-Haushalten der Strom abgestellt worden, schätzt der Verband. „Wenn wir verhindern wollen, dass hunderttausende Familien in diesem Winter im Dunkeln sitzen, muss die Bundesregierung zügig handeln“, so Schneider. Auch die Stromkosten müssten daher wie die Heizkosten in tatsächlicher Höhe übernommen werden.

„Energiekosten nehmen inzwischen nicht selten mehr als ein Drittel der Gesamtwohngeldkosten eines Haushaltes ein. Strom- und Heizkosten dürfen nicht länger bei der Berechnung des Wohngeldes unter den Tisch fallen. Sie gehören zu den Wohnkosten und müssen entsprechend berücksichtigt werden. Dringend erforderlich ist daher die Einführung einer Energiekostenkomponente im Wohngeld“, fordert Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes. Der Mieterbund legte hierzu eigens berechnete neue Wohngeldtabellen vor. Das durchschnittlich gezahlte Wohngeld würde dadurch von derzeit 120 Euro auf 160 bis 180 Euro im Monat steigen.

Die Gesamtkosten ihrer Reformvorschläge beziffern die Verbände auf rund 790 bis 920 Millionen Euro. @



# Energiewende nur mit Wachstumslogik?

von Gotelind Alber

**Vor 30 Jahren träumte die Avantgarde der „Alternativenergie“ nicht nur davon, Kernkraft und Kohle durch Sonne und Wind zu ersetzen, sondern auch von einem anderen Gesellschaftsmodell.**

**Doch heute gehorchen die meisten Erneuerbaren-Unternehmen den Börsenzwängen. Die Akzeptanz der Erneuerbaren-Branche ist durch massives Wachstum, Machtstrukturen und unausgewogene Verteilungseffekte gefährdet.**

Die erneuerbaren Energien haben einen unglaublichen Aufschwung hinter und hoffentlich noch vor sich. Europaweit verfügt Deutschland über die größten Produktionskapazitäten und Märkte für Erneuerbare, die Wertschöpfung betrug im Jahr 2010 fast 38 Milliarden Euro. Mit Zuwachsraten bis über 30 Prozent kann kaum ein anderer Wirtschaftssektor mithalten – und jetzt kommt, angetrieben von der Atomkatastrophe in Fukushima, noch die Energiewende dazu. Kein neuer Begriff übrigens: Etwa 30 Jahre ist es her, seit das Freiburger Öko-Institut seine Energiewendestudie veröffentlicht hat, die erste einer langen Reihe von Studien zur Machbarkeit des Atomausstiegs.

Durch Tschernobyl erlangte das Werk breitere Resonanz, nachdem sich vielerorts „Energiewendekomitees“ zusammengefunden hatten, um auf kommunaler Ebene den Übergang zu einernachhaltigenEnergieversorgungvoranzubringen. Vergleicht man die Prognosen des Öko-Instituts mit der Entwicklung der Erneuerbaren bis heute, so hält diese in der Summe relativ gut den damaligen Erwartungen stand. Am Ziel des Energiewendeszenarios, den Energieverbrauch zwischen 1990 und 2010 um rund ein Drittel zu verringern, sind wir hingegen kläglich gescheitert. Heute ist man schon froh, den Verbrauch von 1990 in etwa gehalten zu haben, und verschiebt die Halbierung des Energieverbrauchs auf 2050.

Doch was ist mit der Vision geschehen, die die erneuerbaren Energien nicht nur als techno-

logische Innovation, als Substitut für Kernkraft und Kohle, sondern als Element eines anderen Gesellschaftsmodells betrachtete? Ein Gesellschaftsmodell, das auf Dezentralisierung und Demokratisierung sowohl der Energieerzeugungsstrukturen als auch der gesellschaftlichen Strukturen basierte, das Überschaubarkeit, Vielfalt, Gerechtigkeit, Beteiligung garantierte und die Wachstumslogik zugunsten von Kreislaufwirtschaft und qualitativem Wohlstand infrage stellte. Eine Vision, die in den 1970er Jahren entstand, befruchtet durch Autoren wie E. F. Schumacher („Small is beautiful“), und in den 1990er Jahren nochmals in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland aufbereitet“.

Diese Vorstellungen sind durch den Boom der Branche überrannt worden. Zwar gibt es noch Unternehmen wie etwa Wagner Solar, die sich im Besitz der Belegschaft befinden und dieser weitgehende Beteiligung ermöglichen und die sich über ihr Kerngeschäft hinaus gesellschaftlich engagieren. Im Dschungel der Ökostromanbieter existieren auch noch die echten Ökos wie etwa die Elektrizitätswerke Schönau, zum Teil noch in Zeiten gegründet, als von „Alternativenergie“ gesprochen wurde. Und es gibt eine wachsende Zahl von Genossenschaften, die in dezentrale Anlagen investieren, allerdings tendenziell eher in kleinere und mittlere Anlagen, während die Größe der durchschnittlichen Neuinstallationen ungeahnte Ausmaße erreicht.

## Die Branche schwimmt im Mainstream

Den Boom haben andere Unternehmen und der Boom hat andere Unternehmen geschaffen. Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Wer rasantes Wachstum will, braucht Ska-

leneffekte und richtig viel Investitionskapital. „Fotovoltaikindustrie fährt traumhafte Gewinne ein“, jubelte der Branchendienst Photon Consulting noch im Jahr 2006 und berichtete über eine Verdoppelung der Gewinnmarge von 15 auf 30 Prozent. Ganz so rosig sieht es heute zwar nach der Finanzkrise nicht mehr aus, aber die Gewinnmargen sind immer noch so hoch, dass es auch für traumhafte Chefgehälter reicht. So deckelte die SolarWorld AG, der führende Fotovoltaikhersteller auf Basis kristalliner Zellen, die Managergehälter 2009 per Selbstverpflichtung: Die Bezüge jedes Vorstandsmitglieds wurden auf das 20-fache des Durchschnittsbruttoeinkommens im Konzern begrenzt. Das ermöglicht immer noch ein schönes Einkommen und deutet die mögliche Spreizung der Gehälter an.

Dass der Windanlagenhersteller Enercon noch dem Gründer gehört, einem der Pioniere der Windkraft, ist ein Einzelfall. Die Mehrheit der größeren Unternehmen ist mittlerweile börsennotiert, in einige haben sich große Investoren eingekauft, etwa eine Schweizer Finanzholding beim Solarzellenhersteller Q-Cells. Das schafft Sachzwänge und verändert Unternehmensphilosophie und -klima. Gleichzeitig macht das rasche Wachstum die Unternehmen fragil. So kam vor einigen Jahren die Conergy AG nach Aufkäufen und Verlusten ins Schleudern, und kürzlich meldete Solon Insolvenz an, das erste deutsche Solarunternehmen, das an der Börse notiert war und seinen Umsatz noch vor wenigen Jahren in kurzer Zeit vervielfachte. Die fetten Gewinnmargen trieben die Aktienkurse hoch, mit dem entsprechenden Risiko für die AnlegerInnen, denn die Konkurrenz, vor allem aus China, schläft nicht, zumal viele der Unternehmen immer stärker exportabhängig geworden sind.

Damit schwimmt die Erneuerbaren-Branche im Mainstream und droht sich strukturell der traditionellen Energiewirtschaft anzunähern, die umgekehrt ebenfalls auf den Zug aufgesprungen ist. So hat zum Beispiel der französische Öl- und Gaskonzern Total seinen um über 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gewachsenen Überschuss sinnreich investiert und die Mehrheit am US-Solarunternehmen Sunpower für etwa 1,3 Milliarden US-Dollar übernommen.

Vor allem Offshore-Windenergie erfordert große Investitionen und damit entsprechende Investoren. Deshalb will jetzt etwa Blackstone, eine US-Investmentgesellschaft mit zwiespältigem Ruf, in den Bau von Windparks in der Nordsee einsteigen, nachdem die Vergütung für Offshore-Wind nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erhöht wurde. Abgeschlossen ist bereits die Transaktion



für den ersten Park „Meerwind“ mit 288 MW mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Milliarden Euro. Das hat mit der ursprünglichen Vision von dezentraler Struktur und Kontrolle nichts mehr zu tun.

### Das gleiche Missverhältnis in Grün

Oder schauen wir uns als Indikator für den gesellschaftlichen Wandel die Beteiligung von Frauen im Bereich Erneuerbare an. Vom Nutzen des Ausbaus erneuerbarer Energien im Sinne des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung profitieren Männer und Frauen im gleichen Maß, unbestritten. Aber die ökonomischen Effekte sind ungleich verteilt. Die positiven Arbeitsplatzeffekte der Erneuerbaren-Branche tragen nicht unmaßgeblich zur Akzeptanz der Regenerativen bei. Die Branche hat mittlerweile 370.000 Arbeitsplätze geschaffen, also deutlich mehr als der konventionelle Energiesektor mit 235.000 Beschäftigten. In diesen Jobs arbeiten jedoch zu 75 Prozent Männer. In der Solarbranche ist der Frauenanteil etwas höher, in der Geothermie deutlich geringer.

Bedenklich ist vor allem, dass es um den Frauenanteil in der Ausbildung kaum besser bestellt ist: 29 Prozent sind Frauen, gegenüber einem durchschnittlichen Frauenanteil von 40 Prozent über alle Wirtschaftsbranchen. Auch an der Spitze der Unternehmen sieht der Frauenanteil um kein Haar besser aus als in der konventionellen Energiebranche, der Großteil der Vorstände ist rein männlich besetzt. So präsentiert etwa „Unendlich viel Energie“ die „Köpfe der Branche der Erneuerbaren Energien“. Unter den 26 vorgestellten ManagerInnen findet sich nur ein einziger weiblicher Kopf. Zudem scheint es den meisten Unternehmen kein Anliegen zu sein, dies zu ändern: Frauenförderprogramme, mittlerweile fast Standard in anderen technologieorientierten Branchen, sind eine Rarität.

Zentraler Hebel der Erfolgsgeschichte der Regenerativen in Deutschland war und ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch seine garantierte Einspeisevergütung beschert es Investoren verlässliche Bedingungen und eine gesicherte Rendite. Seit Inkrafttreten des Gesetzes haben alle StromkonsumentInnen zusammen über 26 Milliarden Euro als EEG-Aufschlag auf den Strompreis bezahlt und damit nicht nur den Boom der Erneuerbaren ermöglicht, sondern auch zur technischen Weiterentwicklung und Optimierung der Technologien und zum Ausbau der Produktionskapazitäten beigetragen. Der Großteil des EEG-Aufschlags kam dabei der Fotovoltaik zugute und führte zu einer beispiellosen Kostendegression, von der letztlich die ganze Welt profitiert.

Die Branche rechnet damit, dass in den nächsten Jahren die Netzparität erreicht wird.

Strom aus der eigenen Fotovoltaikanlage kommt dann nicht teurer als der Endkundenpreis vom Strom aus der Steckdose. Insofern ist das EEG für den Zugang zu sauberer und umweltfreundlicher Energie im globalen Süden vielleicht nützlicher als viele Programme der Entwicklungszusammenarbeit, die oft nicht dauerhaft und nur punktuell wirken.

Aber wie ist es beim EEG um die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland selbst bestellt? Zahlreiche Investoren in Erneuerbaren-Anlagen machen durch den gesicherten Einspeisetarif gute Gewinne. Dies sind nicht mehr die großen vier Stromerzeugungsunternehmen – ihre Rolle ist im Erneuerbaren-Energie-Markt marginal – sondern Stadtwerke und vor allem private Investoren. Auch hier stehen vor allem Männer auf der Gewinnerseite. Bei Banken und Beteiligungsgesellschaften beträgt der Frauenanteil an Einlagen und Beteiligungen im Bereich der erneuerbaren Energien zehn bis 25 Prozent. Dies betrifft sowohl die Anzahl der AnlegerInnen als auch den Umfang ihrer Beteiligungen. Bei lokalen und regionalen Solarinitiativen sieht die Situation ähnlich aus, auch dort liegt der Frauenanteil in der Regel zwischen zehn und 30 Prozent, der Anteil der gezeichneten Anteile ebenfalls.

Die Ursache dafür ist nicht, dass Frauen an den erneuerbaren Energien weniger interessiert sind, im Gegenteil. Die Studie des Umweltbundesamtes „Umweltbewusstsein in Deutschland“ bestätigt alle zwei Jahre aufs Neue, dass Frauen zu einem deutlich höheren Anteil als Männer Atomenergie ablehnen, schneller aus der Atomkraft aussteigen wollen und gleichzeitig Maßnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien stärker unterstützen.

### Weniger Kapital – weniger Investitionen

Ein Grund ist das niedrigere Einkommen von Frauen. Trotz der Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten bestehen immer noch Spielräume, um Verlustzuweisungen steuerlich geltend zu machen – eine Option, die vor allem Besserverdienenden nützt und damit Frauen tendenziell benachteiligt. Immerhin ist die Gehälterlücke zwischen Männern und Frauen nach wie vor beträchtlich und bei Besserverdienenden sogar noch größer als im Schnitt. Außerdem haben Frauen schlicht weniger Kapital zur Verfügung. Laut DIW beträgt die Differenz in Paarhaushalten 28.000 Euro, bei verheirateten Paaren besitzen die Männer im Mittel sogar fast 50.000 Euro mehr als ihre Ehefrauen.

Man könnte nun annehmen, dass das Geld gemeinsam genutzt wird, aber dies trifft nur für 15 Prozent der Haushalte zu. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die Kommunikation der Beteiligungsgesellschaften Frauen nicht

anspricht. Dabei gibt es Ausnahmen, etwa die Umweltbank, bei der der Frauenanteil sowohl im eigenen Haus als auch an den Erneuerbaren-Anlagen deutlich höher ist als im Rest der Branche. Damit zeigt sich, dass Frauen insgesamt weniger von den günstigen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien profitieren. Sie zahlen zwar gemäß EEG über den Strompreis die Umlage mit, diese wird aber mehrheitlich von Männern kassiert.

Damit wirkt das EEG, so hilfreich es auch für den Ausbau der Regenerativen ist, als weiteres Umverteilungsprogramm zugunsten von Männern. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich, droht die Branche doch damit und mit ihrem massiven Wachstum ihre Akzeptanz zu verspielen. Hinzu kommt, dass Frauen häufig weniger an einer schlichten Substitution der konventionellen Energieträger durch erneuerbare interessiert sind, wenn die bisherigen Strukturen und Verbrauchsmuster beibehalten werden. So etwa im Bereich Transport, wo sich die Erneuerbare-Energien-Branche massiv für Biokraftstoffe und Elektromobilität einsetzt, ohne gleichzeitig Veränderungen der Verkehrsstrukturen und des Modal Split einzufordern. Frauen sind dagegen laut den Umweltbewusstseinsstudien viel eher geneigt, ihre Mobilitätsgewohnheiten zu ändern.

### Alte Visionen neu denken !

Vergleicht man die heutige Situation mit dem Energiewende-Szenario vor 30 Jahren in Bezug auf Energieeffizienz und Konsum, dann wird klar, dass der Boom in Richtung Energieeinsparung, „Degrowth“ (Wachstumsrücknahme) und Suffizienz ausgeblieben ist. Mit einer deutlichen Verringerung des Energieverbrauchs könnten wir zur Einhaltung der Klimaschutzziele die Erneuerbaren bedachtsamer ausbauen, ohne uns neuen oder anderen Konzernen auszuliefern. Wir könnten den Umbau des Energiesystems unter demokratischer Kontrolle sozial gerechter gestalten.

Aber für die Effizienzrevolution fehlen eindeutige Weichenstellungen, und es fehlen Signale für eine Änderung unseres Lebensstils. So sagte etwa, nachdem 2007 der besorgniserregende vierte Bericht des Weltklimarats in den Medien Furore gemacht hatte, der damalige Umweltminister Sigmar Gabriel sinngemäß, die Bundesregierung werde das Problem durch technologische Verbesserungen schon in den Griff kriegen, wir sollten uns keine Sorgen machen, niemand müsse sich ändern. Das war kurzsichtig. Richtig ist: Wir müssen uns ändern!



# Energie- Genossenschaften

Gegenpol zur Globalisierung -  
Wege zu einer sicheren dezentralen Energieversorgung

von Burghard Flieger

In Deutschland gibt es einen kleinen Gründungsboom bei den Energiegenossenschaften. Ein Schwerpunkt dieser Neugründungen liegt bei Genossenschaften, die Solaranlagen installieren zwecks der Produktion erneuerbarer Energien. In dem Beitrag werden die Hintergründe für diese Art des bürgerschaftlichen Engagements, die strukturellen Erfordernisse und die unterschiedlichen Typen dieser Genossenschaftsform erläutert. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf einen sich abzeichnenden neuen Trend: die Einbindung von Bürgerenergiegenossenschaften in Rekommunalisierungsprozesse. Sie gewinnen an Bedeutung beim Engagement von Stadtwerken in Richtung einer konsequenten Umsteuerung der zurzeit so oft beschworenen Energiewende.

Mit der fortschreitenden Globalisierung findet eine unmittelbare kommunale beziehungsweise regionale Wertschöpfung oft nur noch in sehr unzulänglicher Weise statt. Dies geht einher mit dem Wegfall von Möglichkeiten und Instrumenten zur Gestaltung des lokalen Sozialraums und zur Steuerung sozialräumlicher Entwicklung.<sup>1</sup> Hier stellt sich die Frage „Wie wollen wir uns zukünftig organisieren, als Orte mit gewachsenen Traditionen, basierend auf gemeinschaftlicher Infrastruktur und Selbstverwaltung oder durchprivatisiert?“

Eine der wichtigsten Alternativen zu dem Prozess der weiter wachsenden Ansammlung von Vermögen in der Hand großer internationaler Konzerne ist die finanzielle und partizipative Bürgerbeteiligung. Hier bietet sich als Organisationsform in besonderem Maße die Genossenschaft an. Sie ist als privatrechtliches Unternehmung die einzige wirklich Alternative zur gemeinwesenverantwortlichen staatlichen Organisation der Energieversorgung. Die Genossenschaft, die Energieerzeugungs- und ebenso die Energieverbraucher-genossenschaft, ist gesetzlich auf die Förderung ihrer Mitglieder, den BewohnerInnen des Ge-

meinwesens, verpflichtet. Sie muss nutzerstatt investororientiert handeln.

Von ihrem Selbstverständnis her sind Genossenschaften in erster Linie Wirtschaftsvereine. Viele sahen die Genossenschaft schon immer als eine besondere Unternehmensform an, in der auch soziale, kulturelle oder ökologische Zwecke verfolgt werden können.<sup>2</sup> Auf jeden Fall gibt die genossenschaftliche Rechtsform einen gesetzlichen Rahmen für Menschen zwecks wirtschaftlicher Selbsthilfe. Selbsthilfe ist in diesem Fall auch beim Fehlen einer preisgünstigen und gleichzeitig klimaverträglichen Energieversorgung ein Weg, diese selbst gemeinschaftlich zu organisieren. Entsprechend stehen Energiegenossenschaften als nutzerorientierte Unternehmensorganisation für die systematische partizipative Einbindung der Verbraucher oder Produzenten. Sie übernehmen für den Wandel in Richtung nachhaltiger Energiewirtschaft aktuell eine wichtige Pionierfunktion. Ihre beobachtbare Vielfalt veranschaulicht die Komplexität, Bandbreite und Veränderungschancen dieses Sektors. Gleichzeitig können sie als Zukunftsprisma dienen. Ihre Ausbreitung und Weiterentwicklung ist eine wichtige Innovationsaufgabe für den Klimaschutz.

## Möglichkeiten und Grenzen von Photovoltaikgenossenschaften

Am stärksten verbreitet unter den neu gegründeten Energiegenossenschaften sind Energieproduktionsgenossenschaften. Dazu gehören vor allem Genossenschaften, die Photovoltaikanlagen auf Dächern installieren und betreiben. Die Rechtsform bei den Solargenossenschaften wird gewählt, weil gleichberechtigte demokratische Mitsprache unabhängig von der Höhe der Beteiligung des Einzelnen möglich ist. Damit kann Bürgerwille direkt und basisdemokratisch umgesetzt werden. Anders als viele bereits bestehende Bürgersolarkraftwerke in der Form der Energiegemeinschaften verfolgen Photovoltaik-

genossenschaften mehr als „nur“ den Betrieb einer Solaranlage. Mit der Genossenschaft steht den Initiatoren eine Rechtsform zur Verfügung, die es erlaubt, viele Projekte (Solaranlagen) im Rahmen einer Organisation zu realisieren. Ziel ist es also, mehr als ein einzelnes Projekt umzusetzen. Das bei der Planung, Erstellung, Inbetriebnahme und Wartung der Anlage erworbene Know-how geht nicht verloren, sondern wird für weitere Aktivitäten im gleichen Unternehmen genutzt. Und was eine Genossenschaft noch auszeichnet: Sie verbindet soziale Leitbilder dauerhaft mit einer wirtschaftlichen Betriebsform. Genossenschaften stehen für Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung, betriebliche Demokratie und vor allem gemeinschaftliche Selbsthilfe.

Auch vom Gegenstück der Energiegemeinschaften, den Solarfonds, lässt sich der genossenschaftliche Ansatz abgrenzen. Für Investoren mit mehreren tausend Euro persönlich verfügbarem Kapital existieren genügend Möglichkeiten, in erneuerbare Energien zu investieren. Es sollte aber keine Frage des Geldes sein. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen der meisten Energieproduktionsgenossenschaften, viele Menschen in die von ihnen gebotenen Investitionsmöglichkeiten einzubeziehen, überwiegend begrenzt auf eine bestimmte Region. Insofern steht bei genossenschaftlichen Ansätzen fast immer im Vordergrund, weniger zahlungskräftigen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich finanziell zu beteiligen. Deshalb gibt es in Deutschland eine Reihe solcher Genossenschaften, bei denen bereits ein Einstieg mit einer Beteiligung von 100 Euro möglich ist.

Die genossenschaftliche Rechtsform eignet sich besonders für Photovoltaikanlagen in der Größenordnung von ca. 30 kWp oder ca. 300 qm Dachfläche, bevorzugt auf Dächern von Schulen oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Eine solche Größenordnung bietet zumindest nach den Bestimmungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) die optimale finanzielle Förderung. Außerdem existieren Dächer dieser Größe nicht so selten. Gleichzeitig kommen bei Dachflächen dieser Größenordnung die wirtschaftlichen Vorteile einer Großanlage bereits zum Tragen. Grob vereinfacht lässt sich für Anfang 2010 festhalten: Je Dach werden dann ca. 30 Genossen benötigt, die im Schnitt für 1.000 Euro Anteile zeichnen. Insgesamt sind dies dann ca. 300 Anteile und 30.000 Euro Eigenkapital, um die zur Finanzierung mindestens benötigten 20 Prozent Eigenkapital auszuweisen.

Ebenfalls grob vereinfacht verdeutlichen die Berechnungen aufgrund von Daten verschiedener Solaranlagen, dass die Fixkostendeckung für eine Genossenschaft erst erreicht ist, wenn mindestens 150 kWp Anlageleis-



tung installiert sind (Genossenschaftsprüfung 2.000 Euro, sonstige Gebühren wie Mitgliedsbeitrag etc. 1.000 Euro, Registergericht und Steuerberater 1.000 Euro, Sachkosten 500 Euro, ansonsten ehrenamtliche Arbeit). Im Minimum sollten etwa zwei Anlagen im Jahr in der Größe von je 30 kWp gebaut werden, damit sich die Genossenschaft langfristig wirtschaftlich trägt und eine Stagnation im Sinne der reinen Verwaltung bestehender Kraftwerke vermieden wird.

In den Aufbaujahren können oftmals keine Ausschüttungen erfolgen, da hierfür ein entsprechender Bilanzgewinn vorliegen muss. Gewinne fallen aber durch die Projektierungskosten und die Investitionen in neue Anlagen beziehungsweise die anfänglichen Abschreibungen in vielen Fällen nicht an. Deshalb besteht die Gefahr, dass später hinzukommende Genossen bei schließlich erfolgenden Ausschüttungen unberechtigt bevorzugt werden. Insofern kann es sinnvoll sein, dass die Generalversammlung einer Energieproduktionsgenossenschaft beschließt, ein Eintrittsgeld zu verlangen. Auch ist es möglich, neue Mitglieder bei den Ausschüttungen in den ersten Jahren nicht einzubeziehen. Dadurch können die Ungerechtigkeiten bei den Ausschüttungen durch unterschiedliche Zeiten des Beitritts der Genossenschaftsmitglieder relativiert werden.

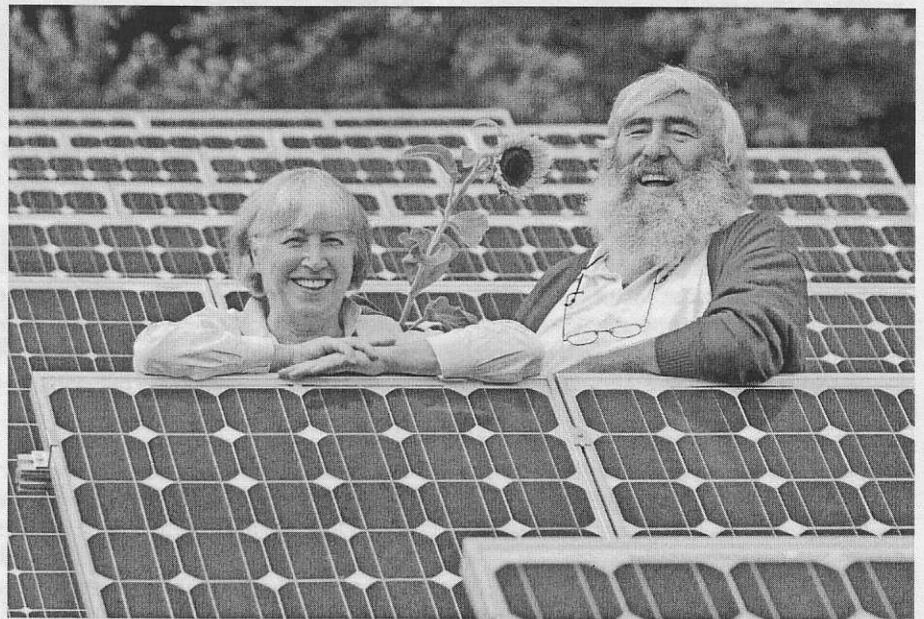
Festzuhalten bleibt auf jeden Fall, dass Photovoltaikgenossenschaften zahlreiche Vorteile mit sich bringen, die nicht allein auf die Mitglieder als Zeichner von Anteilen begrenzt bleiben:

- o Das Plus für die Anleger: Die Beteiligung zahlt sich aus. Die Anleger erhalten für viele Jahre Einnahmen aus dem Verkauf des Solarstroms.
- o Das Plus für die regionale Wirtschaft: Die Solarstromanlage fördert die regionale Wirtschaft. Die Solarstromanlagen werden von örtlichen Handwerkern installiert.
- o Das Plus an Unabhängigkeit: Mit Solarstrom werden knappe Ressourcen geschont und die Unabhängigkeit von politisch unsicheren Energieimporten gefördert.
- o Das Plus für die Umwelt: Neben dem Geldbeutel nutzt diese Umweltinvestition dem Klimaschutz. Mit einer 5 kWp-Anlage wird die Umwelt im Jahr um mehr als drei Tonnen des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> entlastet.

### Unterschiedliche solar-genossenschaftliche Ansätze

Auf den ersten Blick erscheint das Geschäftsmodell einer Photovoltaikgenossenschaft relativ einfach. Geht es doch nur darum, Photovoltaikanlagen auf Dächern mittlerer Größe zu installieren und genügend Mitglieder zu finden, um das erforderliche Eigenka-

pital aufzubringen. Auf den zweiten Blick ist das Ganze, wie die Graphik veranschaulicht, aber doch schon etwas komplexer. Jede Photovoltaikgenossenschaft benötigt ein Minimum an Kontaktpartnern, als Pflicht und nicht als Kür. Mit diesen werden Verträge zur Umsetzung jedes einzelnen Projektes geschlossen. Dazu gehören nicht nur die Genossenschaftsmitglieder und die Dachverpächter, sondern in der Regel auch ein Statiker, der die Belastbarkeit des Daches bescheinigt, die Bank für den Kredit, die Lieferanten für die PV-Anlagen, die Installateure für deren Aufbau, jemand, der die Überwachung und die Qualitätskontrolle übernimmt, eine Versicherung für die Absicherung verschiedener möglicher Schäden sowie der Energieversorger, bei dem die Einspeisung erfolgt.



Hinzu kommt, dass es real sehr unterschiedliche Ansätze auch im Bereich der Photovoltaikgenossenschaften gibt, die sich durch die eingebundenen Akteure und die grundsätzliche Ausrichtung unterscheiden. In einem ersten Schritt lässt sich differenzieren zwischen:

- Bürgerschaftlich-ökologischen Photovoltaikgenossenschaften, bei denen Personen, meist mit umwelt- oder energiepolitischem Engagement als Hintergrund, die Genossenschaftsgründungen initiieren. Auch wenn die Personen, die die zentralen Promotoren sind, teilweise über viel fachliches und energiepolitisches Wissen verfügen, können sie nicht auf Ressourcen Dritter zurückgreifen. Eine schnelle Umsetzung der Genossenschaft erfordert insofern viel persönlichen, unbezahlten Einsatz. Kennzeichen ist auch der nicht oder wenig ausgeprägte Anspruch,

das Ganze als unternehmerischen Geschäftsbetrieb zu organisieren. Vielmehr nimmt bürgerschaftliches Engagement als Motivation und als reales Handeln einen wichtigen Stellenwert ein. Beispiele sind u.a. die Solar-Bürger-Genossenschaft eG in Birstadt ([www.solar-buerger.de](http://www.solar-buerger.de)) und die BürgerEnergie Stuttgart eG ([www.buergerenergie-stuttgart.de](http://www.buergerenergie-stuttgart.de)).

- Sozial-politischen Photovoltaikgenossenschaften, bei denen die Gründerinnen und Gründer nicht vorrangig durch Motivationen umweltpolitischer Art geprägt sind, sondern auch soziale oder entwicklungspolitische Ziele verfolgen. Das Spektrum reicht hier entsprechend von der "Dritte-Welt-Arbeit" über Kultursponsoring bis

hin zu Anstößen in Richtung Lernen von Jugendlichen und Schülern. Sie sollen so über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gerechtigkeit beziehungsweise Lebenschancen kommender Generationen anhand konkreter Beispiele und mit konkreten Handlungsmöglichkeiten aufgeklärt werden. Genannt werden können hier beispielsweise die fair Pla. net eG ([www.fairpla.net](http://www.fairpla.net)) und die Ökumenische Energiegenossenschaft Horb eG ([www.oeg-horb.de](http://www.oeg-horb.de)).

- Institutionell-organisatorischen Photovoltaikgenossenschaften, bei denen in der Regel ein starker Partner wie eine Bank, eine Gemeinde, ein Energieversorger oder ein Verband die Gründung initiiert. Dieser Partner übernimmt wesentliche Aufgaben bei der Entwicklung der Genossenschaft und trägt teilweise sogar deren Organisation und Verwaltung. Hier spielen, stärker als bei den anderen Ansätzen, die professionelle Umsetzung



und Renditeüberlegungen der Genossenschaftsmitglieder eine prägende Rolle. Als Beispiele kann hier verwiesen werden auf die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG ([www.raiffeisen-energie-eg.de](http://www.raiffeisen-energie-eg.de)) und die Erkelenzer Sonnenschein eG ([www.erkelenzer-sonnenschein.de](http://www.erkelenzer-sonnenschein.de)).

### Synergie durch Kooperationen mit Stadtwerken

Photovoltaikproduktionsgenossenschaften sind in einigen Fällen nur der Einstieg für komplexere Aufgaben. Bürger und Stadtwerke spielen oftmals eine Schlüsselrolle bei der Energiewende in der Region. Zunehmend prägt diese Akteure das gemeinsame Ziel, die Energieversorgung vor Ort selbst in die Hand nehmen. Lassen sich hier Kooperationsformen zwischen Stadtwerken und Energiegenossenschaften finden, die die Energiewende schneller verwirklichen helfen? Wann lohnt sich die Zusammenarbeit? Was sind die Voraussetzungen erfolgreicher Kooperation? Wie lassen sich langfristig positive Wirkungen sicherstellen? Erste Beispiele, aus denen sich Antworten auf diese Fragen finden lassen, existieren bereits.

Dazu gehören die Stadtwerke Trier (SWT). Zwar ist die RWE als Minderheitsbeteiligung im Unternehmen fest verankert. Bei der Weiterentwicklung in Richtung eigenständiger regenerativer Stromerzeugung sind die Stadtwerke Trier dennoch vorbildhaft. Dafür steht der Beschluss, in regenerative Energien 60 Mio. Euro zu investieren und damit zukünftig 50% des lokalen Strombedarfs abzudecken. Vier Bürgerkraftwerke wurden bereits auf den Weg gebracht. Dennoch werden Energiegenossenschaften nicht wie vielerorts von Stadtwerken als Konkurrent angesehen. Im Gegenteil, deren Entwicklung wird tatkräftig unterstützt. Dies gilt beispielsweise für die vom Verein Lokale Agenda 21 Trier e.V. initiierte "Trierer Energiegenossenschaft der Lokalen Agenda 21 eG" (TRENEG). Der Technische Leiter der Stadtwerke ist mit im Vorstand, die Stadtwerke zeichnen 30 Anteile und vor allem: Sie stellen umfangreiche kostenlose Hintergrundarbeiten für die Genossenschaft zur Verfügung, bis diese wirtschaftlich auf gesunden Füßen steht.

Dazu gehört ein kostenloser Flyer, das Erstellen der Ertragsprognosen für die Anlagen, Dachakquisition, Dachprüfung, Ausschreibung für die Installation bis hin zum Monitoring der Anlagen. Ebenfalls eng kooperiert wird mit einer weiteren Energiegenossenschaft aus der Region, der Südeifel Strom eG. Hier werden ähnliche Unterstützungsleistungen zur Verfügung gestellt. Auch zu einer dritten Genossenschaft, der eegon – die Eifel Energiegenossenschaft, besteht ein positives Verhältnis. Das Motto der Stadtwerke: Ausreichend Anfangsunterstützung für die genossenschaftliche Bürgerbeteiligung

zur Verfügung stellen, um "ein zartes Pflänzchen zum Baum werden zu lassen." Energiegenossenschaften mit solchen Stadtwerken als Partner schaffen es erheblich schneller, zu einem attraktiven Ansprechpartner für die Energiewende in der Region zu werden, und das Stadtwerk demonstriert Bürgernähe.

Das Bioenergiedorf Oberrospe, ebenfalls eine Genossenschaft, ist schon seit langem Vorzeigemodell in Hessen als Beispiel für eine eigenständige lokale Energieversorgung. Im Mittelpunkt steht ein Hackschnitzelwerk mit Wärmelieferung an 55% der Haushalte. In der Gemeinde leben 850 Menschen. Auch eine Solaranlage wird betrieben. Wie durch Zusammenarbeit mit einem Stadtwerk das Modell einer erfolgreichen Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft gegangen werden kann, zeigt eine Vereinbarung mit dem Stadtwerk Marburg. Die Mitglieder der Genossenschaft wollten, dass ihr Strom Grün und nicht Grau ist. Das Angebot der Stadtwerke Marburg überzeugte. Ein guter Preis für Grünen Strom zusammen mit Serviceleistungen der Stadtwerke war ausschlaggebend. Geregelt ist dies in einem Pool-Rahmenvertrag mit günstigen Konditionen für die Genossenschaft. Die Rahmenvereinbarung sieht vor, dass jeder einzelne Stromkunde seinen Bezug bei den Stadtwerken vertraglich festlegt. Dabei profitiert er automatisch von den vereinbarten Preisen. Stadtwerke-Geschäftsführer Norbert Schüren sieht die Zusammenarbeit mit dem Bioenergiedorf Oberrospe als Meilenstein.

Der zurzeit wohl innovativste Ansatz der Bürgerbeteiligung an einem Stadtwerk mittels einer Energiegenossenschaft ist in Hessen, in der Nähe von Kassel auf den Weg gebracht. In der Stadt Wolfhagen beschlossen am 15.09.2011 die Stadtverordneten mit den Stimmen von SPD und CDU ein Konzept, das den Weg zur Beteiligung der Bürger ebnen soll. Die lokale Genossenschaft wird in Form einer Stammkapitalerhöhung auf 1,33 Mio. Euro zu 25% an den Stadtwerken beteiligt. Mitglieder der Genossenschaft können nur Kunden der Stadtwerke werden. Die Stammkapitalerhöhung bietet den Stadtwerken die Möglichkeit, verstärkt in den Bereich regenerativer Energie zu investieren, u.a. in die Errichtung eines Windparks vor Ort.

Die Gewinnausschüttungen der Genossenschaft werden aber auf 6% begrenzt. Höhere Gewinne fließen in einen Energiesparfond, den die Genossenschaft verwaltet. Damit wird auch der Weg von einer reinen Beteiligungsgenossenschaft in Richtung eines zukunftsweisen Förderauftrags gegangen: Unterstütztes Energiesparen als besonderer Mitgliedernutzen. Die Vorteile für die Bürger sind nicht nur Dividende, sondern auch Mitsprache im Aufsichtsrat bei Preiserhöhungen, Vetorechte beim Verkauf von Stadtwerksanteilen und die Mitsprache über die Energieeffizienzmaßna-

ahmen durch einen Energiebeirat. Die Stadt positioniert sich durch die Beteiligung eindeutig in Richtung bürgernahe Kommune und verbessert die Standortbedingungen über eine Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Potentiale des kommunalen Stadtwerks. Für die Stadtwerke selbst ergeben sich verbesserte Investitionsmöglichkeiten, Kundenbindung und größere Attraktivität für Neukunden, ein vorbildhaftes Win-Win-Modell, wie es seit längerem in der PR- und Coaching-Sprache heißt.

Dies zeigt, dass das Vorzeigemodell in diesem Sektor Schule macht: die Netzkauf eG in Schöna. Sie ist Trägerorganisation der EWS der Elektrizitätswerke Schöna, einer der vier unabhängigen Ökostromanbieter, organisiert als Genossenschaft. Hier haben Bürger tatsächlich ihr eigenes Stadtwerk erfolgreich gegründet und genossenschaftlich organisiert – ein bisher einmaliger Vorgang in Deutschland. Die daran anknüpfenden Aktivitäten der EWS sind ebenfalls beeindruckend:

- o Sie gehört heute zu den vier erfolgreichsten bundesweit agierenden selbstständigen Ökostromanbietern.
- o Sie unterstützt Betreiber – Bürger – kleiner, dezentraler regenerativer Energieanlagen mit ihrem „Ökostrompfennig“.
- o Sie hilft kleinen Gemeinden, vor allem in Baden-Württemberg, bei der Rekommunalisierung verbunden mit genossenschaftlicher Bürgerbeteiligung, aktuell die Gemeinde Titisee Neustadt.
- o Sie engagiert sich insbesondere durch Michael Sladek als Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft Energie in Bürgerhand eG für Bürgerbeteiligungen an Stadtwerken und bei Rekommunalisierungsprozessen.

### Managementwerkzeug für Energiegenossenschaften

Um Energiegenossenschaften zu gründen, benötigen die handelnden Akteure, sogenannte Initiatoren oder Promotoren, das erforderliche Handwerkszeug. Dieses können sie sich in einer sehr innovativen Weiterbildung „Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften“ aneignen. Über diese werden Bürgerinnen und Bürger dazu befähigt, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen und ihre Energieversorgung als Gegenpol zu der eingangs skizzierten Globalisierung selbst die Hand zu nehmen. Sie werden also in die Lage versetzt, Solargenossenschaften in einer der drei genannten Formen oder andere Formen der Energiegenossenschaft systematisch auf den Weg zu bringen ([www.energiegenossenschaften-gruenden.de](http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de)). Anfang 2012 startete dazu bereits die fünfte Qualifizierung mit dem Ziel, nach und nach der Energiewende durch bürgerschaftliches Engagement das notwendige Fundament zu geben. @





## Die Energiewende beginnt im Dorf

von Reinhard Huschke

Alle reden von Desertec und Offshore-Windparks -  
doch die Musik der erneuerbaren Energien spielt woanders

**Immer mehr ländliche Gemeinden und Regionen in Deutschland betreiben die „Energiewende von unten“, indem sie ihre Strom- und Wärmeversorgung selbst in die Hand nehmen.**

„Es gibt einen Punkt, da gibt es kein Zurück mehr, sondern nur noch den Weg nach vorn.“ Für Markus Bohnert, Forstrevierleiter der 2500-Seelen-Gemeinde St. Peter im Hochschwarzwald und heute einer der beiden Vorstände der Genossenschaft Bürgerenergie St. Peter, kam dieser Punkt ziemlich früh. Denn kurz nachdem sich die Initiatoren im Herbst 2008 zum ersten Mal zusammenfanden, entschloss man sich, ein externes Planungsbüro mit ins Boot zu holen, um die gemeinsame Idee eines lokalen Nahwärmenetzes zu konkretisieren. Nun waren die ersten Kosten absehbar, das Projekt nahm seinen Lauf.

Im Mai 2010 war Baubeginn, im November 2010 ging das erste Teilnetz in Betrieb und Ende September 2011 wurden die letzten der geplanten 166 Hausanschlüsse vollendet. Über fünf Millionen Euro wurden investiert, und die Rechnung ist für alle Beteiligten aufgegangen: Die Wärmeabnehmer im Dorf erhalten günstige und klimafreundliche Energie, 900.000 Liter Heizöl pro Jahr werden eingespart, und im Ort kann man sich über die Auszeichnung als sechzehntes „Bioenergiedorf“ Baden-Württembergs freuen.

Eine Erfolgsgeschichte, derer es mittlerweile viele gibt. Denn die eigene Energie - sei es Strom oder Wärme oder beides - vor Ort selbst zu erzeugen, liegt im Trend: Nach Angabe des Kassler Kompetenznetzwerkes Dezentrale Energietechnologien (deENet) gab es im Januar 2012 bereits 129 100%-EE-Regionen, die sich das Ziel einer Vollversorgung aus

erneuerbaren Energien gesetzt haben, mit knapp 19 Millionen Einwohnern. Hinzu kommen 76 Bioenergiedörfer, bei denen die Wärme Gewinnung aus Biomasse im Vordergrund steht.

### Ideelle und wirtschaftliche Motive gehen Hand in Hand

Um den Nutzen lokaler oder regionaler EE-Projekte zu erkennen, muss man nicht unbedingt das globale Argument des Klimaschutzes bemühen - es gibt auch ganz handfeste, ökonomisch begründbare Motive, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Im Idealfall profitiert eine Kommune durch die Selbstversorgung mit Energie gleich mehrfach: durch verlässliche, von den Preissteigerungen bei Öl und Gas weitgehend abgekoppelte Energiepreise, durch Gewinne aus dem Betrieb der Anlagen oder aus Pacht und Steuereinnahmen, durch Ankurbelung der lokalen Wirtschaft (wiederum verbunden mit Steuermehreinnahmen für die Kommune), wenn einheimische Betriebe an Bau, Betrieb und Wartung der Anlagen beteiligt werden oder die Zulieferung von nachwachsenden Rohstoffen übernehmen; und schließlich kann eine Gemeinde, die offen ist für neue Wege in der Energieversorgung, sogar einen touristisch verwertbaren Imagegewinn erzielen. Ebenfalls von Bedeutung, wenngleich nicht in Euro und Cent messbar, ist die stärkere Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinde durch gemeinsam verwirklichte Projekte.

Den materiellen Gewinn, den die deutschen Kommunen Jahr für Jahr aus ihrem Engagement für die Erneuerbaren ziehen, hat das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung im Jahr 2009 in einer Studie mit dem Titel „Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien“ untersucht. Für das Jahr 2009 wurde eine Wertschöpfung von 6,8 Milliarden Euro hochgerechnet, wobei jeweils etwa ein Drittel auf die Energieträger Sonne und Wind entfallen. Im Jahr 2020 könnten es auf der Basis der Ausbauprognosen des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) bereits über 13 Milliarden Euro sein.

Die Chancen der eigenen Energieerzeugung stehen also außer Frage - trotzdem ist aus der Idee der Energieautonomie bisher noch keine Massenbewegung geworden. Rolf Pfeifer, Geschäftsführer des Freiburger Beratungsunternehmens Endura kommunal, weiß aus eigener Erfahrung, woran das liegt: „Es gibt viel zu wenig unabhängige Expertise.“ Der Beratungsbedarf in den Gemeinden sei enorm, vielfach gäbe es nur laienhaftes Wissen oder gar Vorurteile gegenüber den Erneuerbaren, sodass sich viele Gemeinden



„in einer Art Starrezustand“ befänden. „Wenn man ihnen deutlich machen könnte, dass praktisch jede Gemeinde Potenzial hat, durch Einsatz erneuerbarer Energien oder Verbesserung der Energieeffizienz Kosten zu sparen und Gewinne zu machen, würde sich viel mehr bewegen.“ Hilfreich seien deshalb positive Vorbilder wie die Bioenergiedörfer, aber ohne Anstoß von außen bewege sich in der Regel nichts.

### Nur wenige Gemeinden schöpfen ihr Potenzial aus

Solche Anstöße kommen häufig von Seiten engagierter Bürger, noch häufiger allerdings von Seiten externer Projektentwickler. So wichtig Rolf Pfeifer es findet, dass „überhaupt etwas in Bewegung kommt“, so sehr bedauert er, dass sich Kommunen nur selten selbst engagieren. Er sieht insbesondere für ländlich geprägte Regionen einen großen Handlungsspielraum, da hier in der Regel genügend nutzbare Fläche für EE-Projekte vorhanden sei.

Deutlich mehr tun könnte sich nach Pfeifers Vorstellungen zum Beispiel in seinem Heimatland Baden-Württemberg. Im „Ländle“ ist nach der grün-roten Regierungsübernahme ein Ende der bisherigen restriktiven Windkraftpolitik absehbar. „Viele Gemeinden mit windhöflichen Standorten geraten hier zunehmend unter Handlungsdruck durch Bürger und Projektentwickler“, hat der Endura-Geschäftsführer beobachtet. Die Entscheidung, das komplexe Thema einem Projektentwickler zu überlassen, sei da schnell getroffen, aber möglicherweise vorschnell: „Wenn eine Gemeinde das einzige Grundstück, das für eine Windanlage geeignet ist, an einen Investor gibt, ist ihr Potenzial möglicherweise für die nächsten 100 Jahre erschöpft.“ Gemeinden sollten sich vor einer solchen Entscheidung zunächst in aller Ruhe Gedanken machen, wo sie grundsätzlich hinwollen und sich nicht von Externen in eine bestimmte Richtung drängen lassen.

Trotzdem passiere genau dies immer wieder: „Häufig lassen sich die Kommunen mit Brosamen abspesen. Im Unterschied zu einer von einem Investor gebauten Windanlage kann eine Anlage im Eigentum der Gemeinde über 20 Jahre rund das Zehnfache einspielen. Die jährlichen Mehreinnahmen summieren sich leicht zu sechsstelligen Beträgen.“ Von privaten Anlagen verblieben bei der Gemeinde nur die Pacht und die Gewerbesteuer, nicht aber die Einnahmen aus dem Energieverkauf, beispielsweise durch Einspeisevergütungen. Rolf Pfeifers Plädoyer ist daher eindeutig:

Wenn wir die Energiewende wirklich ernst nehmen, ist es dringend notwendig, die Kommunen zu stärken, indem sie selbst vom EE-Ausbau profitieren. Selbst an Energiegenossenschaften und Bürgeranlagen können sich

nur die beteiligen, die Geld haben. Von einer kommunalen Anlage profitieren alle.

Das häufig vorgebrachte Argument, die Gemeinde habe nicht genügend finanzielle Mittel, um die Sache selbst in die Hand zu nehmen, sei in der Regel nicht stichhaltig: „Es gibt hierfür angepasste Finanzierungsmodelle, die eine Finanzierung ohne Belastung des kommunalen Haushalts ermöglichen.“ Als Beispiele nennt Pfeifer Kommunalbürgschaften oder den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zu einem Zweckverband, um das finanzielle Risiko zu verteilen.

### Vorreiterrolle für das Paderborner Land

Im Unterschied zu Rolf Pfeifer verfolgt Willi Ernst, Solarpionier der ersten Stunde, nicht in erster Linie das Ziel, dass die Kommunen selbst aktiv werden - ihm würde es schon genügen, wenn die kommunalen Verwaltungen in seiner Heimat Paderborn vielversprechende Initiativen von Seiten der Bürger nicht blockieren würden. „Dutzende von Bau- und Repowering-Anträgen für Windräder, die auf Genehmigung warten, werden durch Verwaltungshandeln sehr verzögert“, beklagt Ernst.

Dabei gäbe es viel Potenzial: Nach Ernsts Schätzung wäre eine Verdoppelung der Windleistung von aktuell rund 200 Megawatt allein durch Repowering möglich, durch Erschließung weiterer geeigneter Standorte sogar eine Verdreifachung. Bei der Solarenergie hält er langfristig sogar eine Steigerung um das 25-fache von aktuell 20 auf 500 Megawatt für möglich. Auch der Anteil von Biogas könnte von heute 7 Megawatt noch deutlich zulegen.

Um den heimischen Elan für die Energiewende nach den Ereignissen in Fukushima zu nutzen, berief Willi Ernst im Juni 2011 gemeinsam mit Gleichgesinnten den „Runden Tisch Paderborner Land 100% erneuerbar“ ein. Der Name ist Programm: Die Region soll bei der hundertprozentigen Versorgung „eine Vorreiterrolle übernehmen“, die Energiewende soll hier deutlich schneller vonstattengehen als im Bund. Um diese Ziele verbindlich festzuschreiben, strebt Ernst auch eine Aufnahme der Stadt Paderborn und anderer Gemeinden der Region in den Kreis der 100%-EE-Regionen an.

Um eine mögliche Blockadehaltung bei den Kommunen aufzubrechen, haben Willi Ernst und seine Mitstreiter einen „sozialverträglichen Ansatz“ entwickelt. So sollen Bürger-Energiegenossenschaften, wie heute schon bei einigen Windparks der Fall, einen Teil ihrer Erlöse an die Gemeinden abgeben mit dem Ziel, Vereine oder sonstige soziale Aktivitäten zu fördern. Damit will man nicht nur „Zustimmung erkaufen“, sondern signalisieren, dass „nicht nur ein paar Private von einem EE-Projekt profitieren, sondern die ganze Region“.

Dazu gehört auch ein Pachtkonzept, das bei Windkraft übliche „Hauen und Stechen um Flächen“ vermeiden soll, sowie die Option für die Gemeinden, den in der Region produzierten Strom unter Marktpreis einkaufen zu können.

Dies soll, wie Ernst betont, auch als „politisches Signal“ verstanden werden, dass Windstrom heute schon konkurrenzfähig zum klassischen Strommix sei. Zum Beispiel soll in Kommunen, die Windkraft gefördert hätten, in Form günstiger Direktlieferverträge profitieren. Eine Gemeinde im Kreis Paderborn hat dies bereits: Einwohner von Lichtenau-Assen können ihren Strom seit Mai 2011 direkt vom einheimischen Windpark zu einem Tarif beziehen, der fünf Prozent unter dem RVO-Standardtarif liegt. Um eine hundertprozentige Stromlieferung aus erneuerbaren Energien auch bei Windflaute zu sichern, kooperiert der Windparkbetreiber mit dem Leipziger Stromhändler Clean Energy Sourcing. „Dies ist meines Wissens der erste direkte EE-Stromliefervertrag in Deutschland“, freut sich Ernst und hofft, dass das Angebot Schule machen wird.

### Die eigenen Möglichkeiten erkennen

Wie gelangt man nun am besten zur kommunalen oder regionalen Energieautonomie? Pfeifer empfiehlt interessierten Gemeinden als ersten Schritt die eigenen EE-Potenziale zu untersuchen und mögliche Akteure zu identifizieren. Welche erneuerbaren Energieträger könnten zum Einsatz kommen? Stehen geeignete Dächer für Photovoltaikanlagen zur Verfügung? Gibt es windhöfliche Flächen? Ist ein geeigneter Flusslauf für die Installation eines Wasserkraftwerks vorhanden? Wo es Forst- und/oder Landwirte in der näheren Umgebung, die Biomasse anbauen und liefern können?

Außer der Energieerzeugung sollte man bei der Entwicklung eines kommunalen Energiekonzeptes auch das Thema Energieeffizienz auf dem Plan haben. Vielleicht lässt sich durch energetische Sanierungen von Privathäusern und öffentlichen Bauten schon viel Energie einsparen, dass eine geringere Energieproduktion ausreicht, um die Gemeinde „100 Prozent erneuerbar“ zu machen.

Bei der ersten Orientierung kann ein Blick auf andere Gemeinden hilfreich sein, die den Weg zur Energieautonomie bereits eingeschlagen haben. Eine Übersicht vermitteln einschlägige Internetseiten und Publikationen, die sonst umfangreiche Hinweise zur Planung und Realisierung regionaler EE-Projekte beinhalten (siehe Kasten 1). Eine schnelle Übersicht über rund 120 Best-Practice-Beispiele kann man sich beispielsweise im Kommunalverzeichnis verschaffen.



Eins zu eins lassen sich die Erfahrungen anderer Gemeinden allerdings nicht übernehmen, wie Rolf Pfeifer betont: „Jede Gemeinde ist einzigartig. Sie können ein Konzept niemals einfach kopieren.“ Deshalb kann es bereits in der Anfangsphase sinnvoll sein, kompetente Fachleute hinzuzuziehen, die einen „Blick“ für verborgene Potenziale haben. Möglicherweise finden sich diese ja sogar im Ort selbst.

Hat man sich eine qualitative Übersicht verschafft, folgt im zweiten Schritt eine quantitative Bestandsaufnahme und Datenerhebung zu Erzeugungspotenzialen und Energieverbräuchen im Ort. Diese mündet in die Formulierung konkreter Projektvorschläge, die im dritten Schritt auf ihre Machbarkeit und die Auswirkungen auf die Gemeinde untersucht werden.

### Sichtbare Fortschritte sind wichtig

An diesem Punkt weiß die Gemeinde, was sie will und was (vermutlich) geht und was nicht. Trotzdem, die Mühsal der Ebene beginnt erst jetzt, im vierten Schritt, der Projektplanung und -finanzierung: „EE-Projekte sind oft nicht trivial“, weiß Rolf Pfeifer. Von juristischen Fragen über Finanzierungsmöglichkeiten, Förderprogramme und Betreibermodelle bis hin zu technischen Details gibt es eine Menge zu klären. „Diese Komplexität überfordert viele Gemeinden, die hierfür weder über ausreichend Personal noch über die nötige Expertise verfügen.“ Leider komme es dann nicht selten vor, dass die im Rahmen des Konzeptes ermittelten Projektideen den fünften und letzten Schritt – die Umsetzung – gar nicht mehr erleben. Deshalb begleitet Rolf Pfeifer seine Projekte vorzugsweise auch in der Realisierungsphase weiter. „Der Erfolg eines guten Konzeptes zeigt sich nicht an der Menge des produzierten Papiers, sondern an der Anzahl der im Anschluss erfolgreich umgesetzten Projekte“, so sein Credo.

In St. Peter hat man sich von der Größe der Aufgabe nicht bange machen lassen. Relativ schnell sei klar gewesen, dass das Nahwärmeprojekt in Form einer Genossenschaft organisiert werden sollte, „um selbständig und unabhängig von politischen Fraktionen agieren zu können“, so Genossenschaftsvorstand Markus Bohnert. Eine Realisierung in kommunaler Regie habe nie zur Debatte gestanden. „Persönlich glaube ich auch, dass durch die Genossenschaft eine deutlich größere Akzeptanz in der Bevölkerung entstanden ist. Die jährlichen Mitgliederversammlungen der Genossenschaft sorgen für größere Transparenz, als dies bei einem kommunalen Eigenbetrieb der Fall gewesen wäre.“ Vom persönlichen Einsatz der Initiatoren einmal ganz abgesehen: Hätte die Gemeinde diese ehrenamtlich erbrachten Leistungen einkaufen müssen, wäre wohl nichts aus dem Projekt geworden: „Das wäre

ein Betrag in der Größenordnung von 200-300.000 Euro gewesen, den man dann auf den Wärmepreis hätte umlegen müssen“, schätzt Bohnert.

Ganz auf die eigenen Kräfte haben sich Markus Bohnert und seine Mitstreiter allerdings auch nicht verlassen: „Wir haben es bewusst anders gemacht als andere Projekte, die vollkommen auf Eigeninitiative setzen.“ So wurde frühzeitig ein externes Planungsbüro eingebunden, um von vornherein fachliche Unterstützung zu haben. So sei es möglich gewesen, bald „Nägel mit Köpfen“ zu machen. „Es war optimal, dass wir nach 18 Monaten mit dem Netzbau beginnen konnten.“ Die Genossenschaft war gegründet, die Finanzierung gestemmt und die technischen Vorabklärungen gemacht. „Wenn ein Projekt zu lange im eigenen Saft gärt, wird es für die Mitglieder ein Problem, weil sie dann nicht mehr dran glauben. Es muss sichtbar vorangehen.“ Jede Verzögerung hätte zudem die Kosten weiter in die Höhe getrieben.

Von Anfang an seien die Bürger sehr offen für das Nahwärmeprojekt gewesen, erzählt Bohnert, selbst die Beeinträchtigungen durch zweijährige Bauphase wurde weitgehend klaglos toleriert. „Immerhin war das die größte Baumaßnahme im Ort seit dem Bau des Klosters.“ Die geringen Widerstände in der Bevölkerung mögen auch damit zusammenhängen, dass St. Peter bereits eine Tradition in der Nutzung erneuerbarer Energien hat. Bei der Stromversorgung ist die Energieautonomie mit mehreren Windrädern, Wasserkraftwerken und Photovoltaikanlagen schon lange erreicht. Im Wärmebereich gab es bereits diverse solarthermische Anlagen und Holzheizungen. Da war das Nahwärmenetz sozusagen das Tüpfelchen auf dem i, wenn auch ein großes.

Wesentlich für das Gelingen des Millionenprojektes war zudem die frühzeitige Einbindung aller relevanten Akteure. Die Gemeinde signalisierte, die kommunalen Gebäude an das Wärmenetz anschließen zu wollen, auch das Kloster wurde zum Wärme-Großabnehmer. Baufirmen und Brennstofflieferanten aus dem Ort oder der Nachbarschaft wurden bei der Auftragsvergabe bevorzugt und sind, ebenso wie die Wärmeabnehmer, entscheidungsbefugte Mitglieder der Genossenschaft. Im Unterschied zu einem Investorenprojekt profitieren die Wärmeabnehmer von einer Energieversorgung zum Selbstkostenpreis, es gibt keine Gewinnmarge. Und auch diejenigen, die weder als Wärmeabnehmer noch als Lieferant unmittelbare Nutznießer sind, sollen langfristig beteiligt werden: In der Satzung der Genossenschaft ist – analog zu Willi Ernsts Konzept in Paderborn – festgelegt, dass künftige Überschüsse sozialen und karitativen Ziele in der Gemeinde zugute kommen sollen.

### Energie vom Land für die Städte

Dass man in St. Peter nicht nur auf Strom-, sondern auch auf Wärmeautonomie gesetzt hat, findet Rolf Pfeifer vorbildlich: „Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es ein riesiges Problem, dass sich die ganze Welt über die Stromproduktion unterhält, weil sich dort die größten Margen erwirtschaften lassen. Dabei macht Strom nur 20 Prozent unseres privaten Energieverbrauchs aus.“ Man müsse eigentlich sehr viel mehr in Wärmeanlagen und Nahwärmenetze investieren, „aber das ist ein sehr aufwändiges Geschäft, jeden einzelnen Haushalt von einem Anschluss zu überzeugen. Deshalb fällt das Thema Wärme oft hinten runter.“

Auch beim Nahwärmeprojekt in St. Peter war es die entscheidende Hürde, eine „kritische Anschlussdichte“ zu erreichen. Als Kriterium wurde festgelegt, dass auf 100 m Leitung mindestens 10.000 Liter Öl ersetzt werden mussten. Straße für Straße wurde hierfür Überzeugungsarbeit geleistet. Wer dem Anschluss an das Wärmenetz zustimmte, profitiert heute von einem Kostenvorteil von rund 25 Prozent im Vergleich zum aktuellen Heizölpreis und kann sich zudem auf eine langfristige Preisstabilität verlassen, da zwei Drittel des Nahwärmepreises auf die Investitionskosten mit langfristiger Zinsbindung entfallen und somit nicht steigen können.

Ob Strom oder Wärme, trotz aufmerksamkeits- und finanzstarker Großprojekte wie Offshore-Windparks und Desertec geht der Trend zur Regionalisierung weiter, da sich die befragten Experten einig. „Großkraftwerke sind nur nötig, um Deutschland als Industriestandort zu sichern“, betont Rolf Pfeifer. „Für die Privathaushalte würde man mit den Erneuerbaren locker hinkommen.“ Auch in der Gründung vieler neuer Stadt- und Gemeindewerke drücke sich dieser Trend zur Regionalisierung aus. „Ich bin sicher, dass sich in den Kommunen in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine enorme Dynamik entfalten wird. Wir stehen noch am Anfang eines langwierigen Prozesses, merken aber schon, wie es rumort.“

Auch Willi Ernst sieht die ländlichen Gemeinden und Regionen vor einer großen Zukunftsaufgabe. Sie müssten langfristig nicht nur sich selbst, sondern auch die benachbarten Großstädte mit Energie beliefern, da diese nicht genügend Flächenpotenzial für eine Selbstversorgung aus erneuerbaren Energien hätten. „Früher wurde das Land aus den Städten mit Energie beliefert, in Zukunft muss der ländliche Raum die städtischen Ballungsgebiete mitversorgen. Über das Gelingen der nationalen Energiewende wird also in den Dörfern entschieden.“